

April 2021

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Kritik am Corona-Krisenmanagement von Bund und Ländern so groß wie nie	2
Die Hälfte der Bürger für restriktivere Maßnahmen, „Notbremse“ umstritten.....	3
Große Unzufriedenheit bei einzelnen Säulen des Krisenmanagements.....	5
Kritik an fehlender Zuverlässigkeit und Klarheit.....	6
Mehrheitlich Zustimmung für härteren Lockdown	7
Regierungszufriedenheit deutlich rückläufig	8
Politikerzufriedenheit: Kabinettsmitglieder mit Ansehensverlusten.....	9
Potenzielle Unions-Kanzlerkandidaten: Söder mit großem Abstand vor Laschet	10
Grünen-Kanzlerkandidatur: Habeck knapp vor Baerbock, im eigenen Lager Kopf-an-Kopf	11
Sonntagsfrage: Union fällt auf Vorkrisen-Niveau	12
Studieninformation.....	14

Zusammenfassung

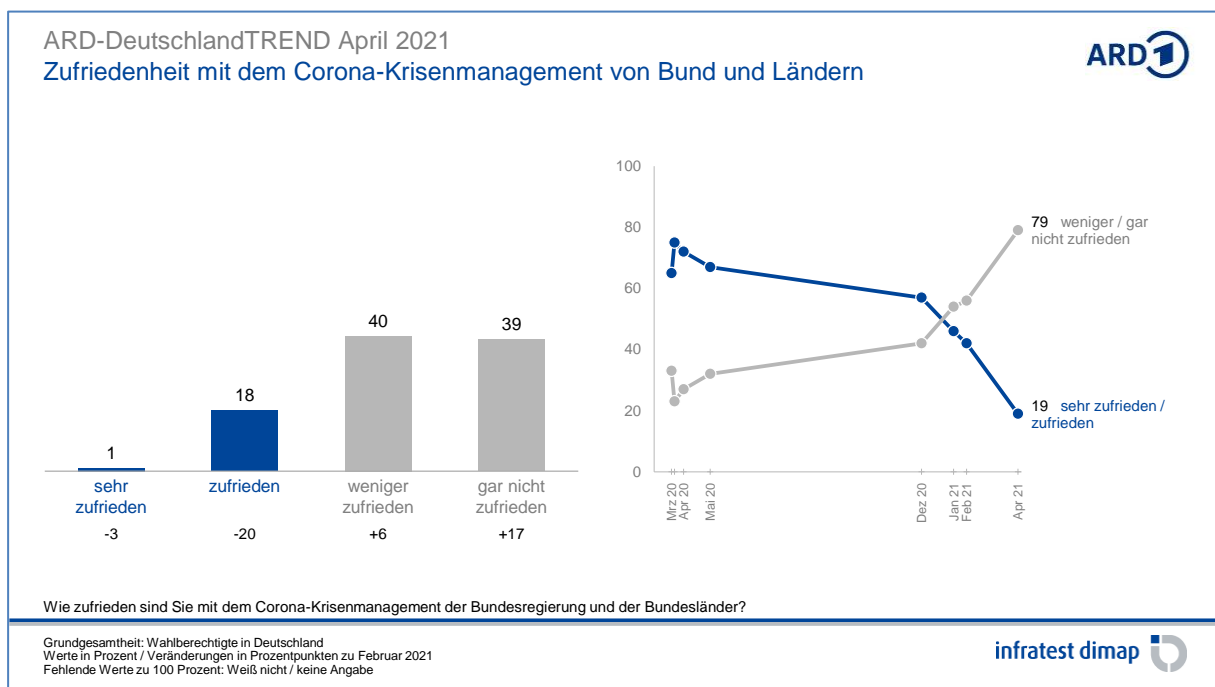
Die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem Corona-Krisenmanagement von Bund und Ländern ist im aktuellen ARD-DeutschlandTREND so groß wie nie seit Ausbruch der Pandemie. Nach einem Minus von 23 Prozentpunkten im Vergleich zu Februar, ist gerade noch ein knappes Fünftel mit dem Krisenmanagement zufrieden, vier Fünftel sehen das Handeln von Bund und Ländern hingegen überwiegend kritisch. Auch wächst die Zahl derer deutlich, die die aktuellen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Krise für nicht ausreichend halten und sich für strengere Maßnahmen aussprechen (48 Prozent; +16 im Vergleich zu Mitte März). Noch ein knappes Viertel bewertet die Regelungen weiterhin als angemessen. Große Zweifel bestehen an der Organisation des Krisenmanagements. Vier Fünftel der Deutschen sind aktuell weniger oder gar nicht zufrieden mit den Corona-Impfungen, knapp zwei Drittel empfinden den Einsatz von Corona-Schnell- und Selbsttests als unzureichend. Dabei bemängeln drei Viertel der Bürger, dass die Bundesregierung in der Pandemie immer wieder mehr versprochen hat, als sie halten konnte. Zwei Drittel haben nach eigenem Bekunden den Überblick verloren, was gerade erlaubt und was verboten ist. Umstritten ist die Umsetzung der sogenannten „Notbremse“: Die eine Hälfte der Deutschen spricht sich für eine verbindliche Umsetzung der Regelung aus, mit der gemäß einer Anfang März geschlossenen Vereinbarung von Bund und Ländern auf schnell steigende Infektionsraten durch eine Rücknahme von Lockerungen reagiert werden soll. Die andere Hälfte fände es hingegen besser, die Situation jeweils regional zu prüfen und neu abzuwägen. Den Appell der Intensivmediziner, durch einen harten Lockdown eine Überlastung der Krankenhäuser zu verhindern, unterstützen knapp zwei Drittel, ein knappes Drittel hält einen härteren Lockdown indes für falsch.

Unter dem Eindruck des unzureichend funktionierenden Krisenmanagements stößt auch das Regierungshandeln insgesamt auf immer größere Vorbehalte. Die Zufriedenheit mit der schwarz-roten Koalition (35 Prozent; -15) fällt auf den niedrigsten Wert seit Ausbruch der Pandemie im letzten Jahr, erstmals seit März 2020 überwiegt damit in der Bevölkerung wieder die Unzufriedenheit. Die Kanzlerin bleibt zwar die populärste Politikerin, fällt nach Verlusten (58 Prozent; -6) allerdings ebenfalls auf den niedrigsten Zustimmungswert seit März 2020. CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn verliert nochmals deutlich an Rückhalt und bekommt mit 31 Prozent (-8) den geringsten Zuspruch seit Dezember 2018. Ähnliches gilt für den CDU-Parteivorsitzenden Armin Laschet, der mit einem Rekordtief von 26 Prozent (-9) noch deutlicher als im Vormonat hinter Markus Söder (54 Prozent) zurückbleibt. Aber auch SPD-Kanzlerkandidat und Finanzminister Olaf Scholz verzeichnet einen spürbaren Rückgang (-8), 40 Prozent der Wahlberechtigten zeigen sich aktuell mit seiner Arbeit zufrieden. Noch ist offen, wer die Union in den Bundestagswahlkampf führen wird, von den beiden potenziellen Unions-Kandidaten halten aber deutlich mehr Bürger Markus Söder (54 Prozent) für einen geeigneten Kandidaten als Armin Laschet (19 Prozent). Noch stärker punktet Söder in den Reihen der Unionsanhänger. Auch bei den Grünen ist die Kanzlerkandidatur noch nicht entschieden. In der Gesamtbevölkerung liegt Robert Habeck (30 Prozent) leicht vor Annalena Baerbock (25 Prozent), bei den eigenen Anhängern liegen beide gleich auf.

Mit der rückläufigen Bewertung der Berliner Regierungsarbeit setzt sich der Negativtrend der vergangenen Wochen für die Union in der Sonntagsfrage fort. Bei einer Bundestagswahl zum aktuellen Zeitpunkt käme die CDU/CSU auf 27 Prozent (-6) und fällt damit im ARD-DeutschlandTREND auf exakt denselben Wert wie bei Ausbruch der Pandemie im März letzten Jahres (27 Prozent). Ihr Koalitionspartner SPD hätte unverändert zum Vormonat 16 Prozent in Aussicht. Die Sozialdemokraten liegen damit noch deutlicher als im März hinter den Grünen, die sich auf 22 Prozent (+2) verbessern. Die AfD käme auf unverändert 11 Prozent, die Linke auf unverändert 7 Prozent. Die FDP könnte nach einem Plus von 2 Punkten mit 9 Prozent der Stimmen rechnen. Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 8 Prozent (+2).

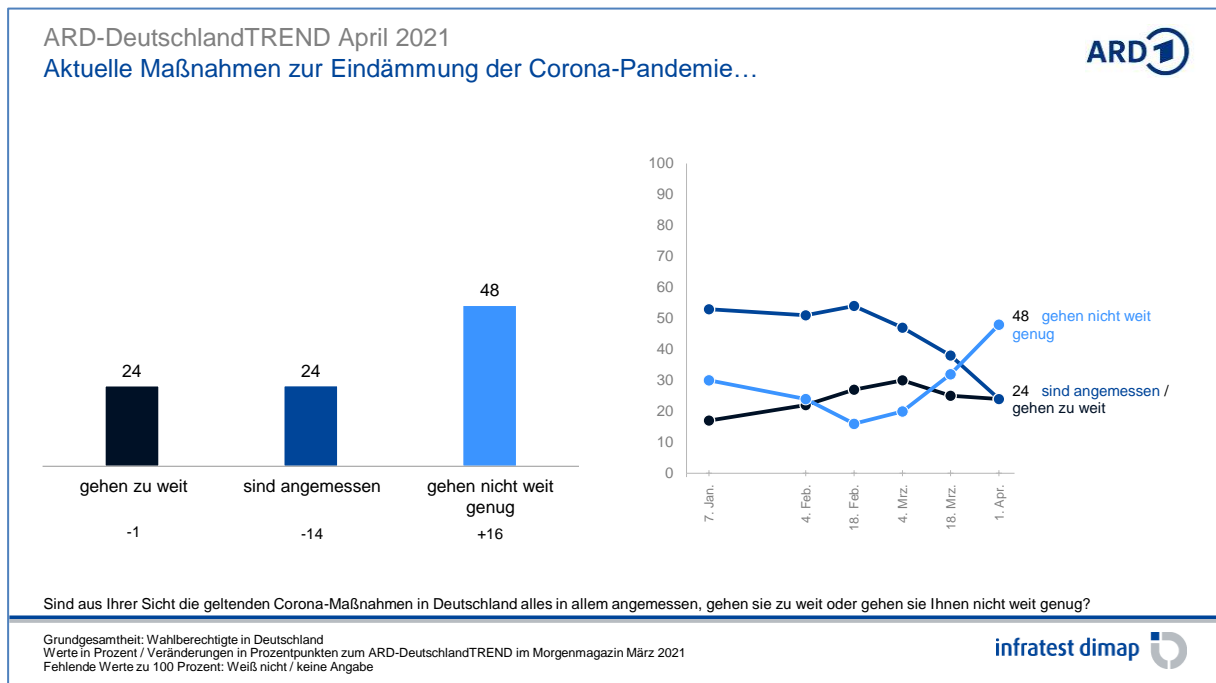
Kritik am Corona-Krisenmanagement von Bund und Ländern so groß wie nie

Angesichts steigender Infektionszahlen und den anhaltenden Diskussionen über den richtigen Umgang mit der Pandemie ist die Unzufriedenheit der Bürger mit dem Krisenmanagement von Bund und Ländern aktuell so groß wie nie seit Ausbruch der Pandemie. Nach einem Minus von 23 Prozentpunkten im Vergleich zu Februar, bewertet gerade noch ein knappes Fünftel der Bürger (19 Prozent) den Regierungskurs in der Pandemie positiv, vier Fünftel (79 Prozent, +23) sehen das Handeln von Bund und Ländern hingegen kritisch. Anders als noch vor zwei Monaten, als sich die Anhänger der Union und der Grünen noch mehrheitlich zufrieden mit dem Krisenmanagement zeigten, überwiegt die Unzufriedenheit nun in allen politischen Lagern.

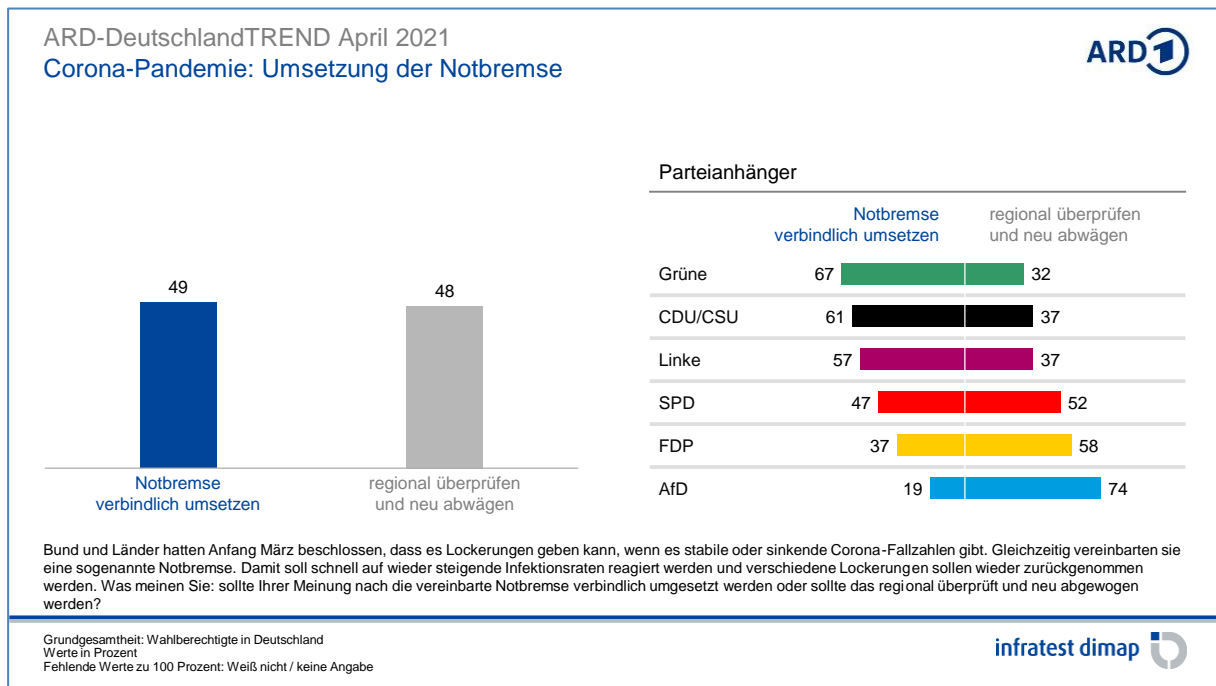


Die Hälfte der Bürger für restriktivere Maßnahmen, „Notbremse“ umstritten

Mit den steigenden Corona-Neuinfektionszahlen wächst in Deutschland die Zahl derer deutlich, die die aktuellen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie für nicht ausreichend halten (48 Prozent; +16 im Vergleich zu Mitte März). Ein knappes Viertel (24 Prozent; -14) bewertet die aktuellen Regelungen als angemessen. Für ebenso viele (24 Prozent; -1) gehen die Corona-Maßnahmen hingegen zu weit, darunter vor allem Anhänger der AfD (76 Prozent) und Teile der FDP-Anhängerschaft (40 Prozent).



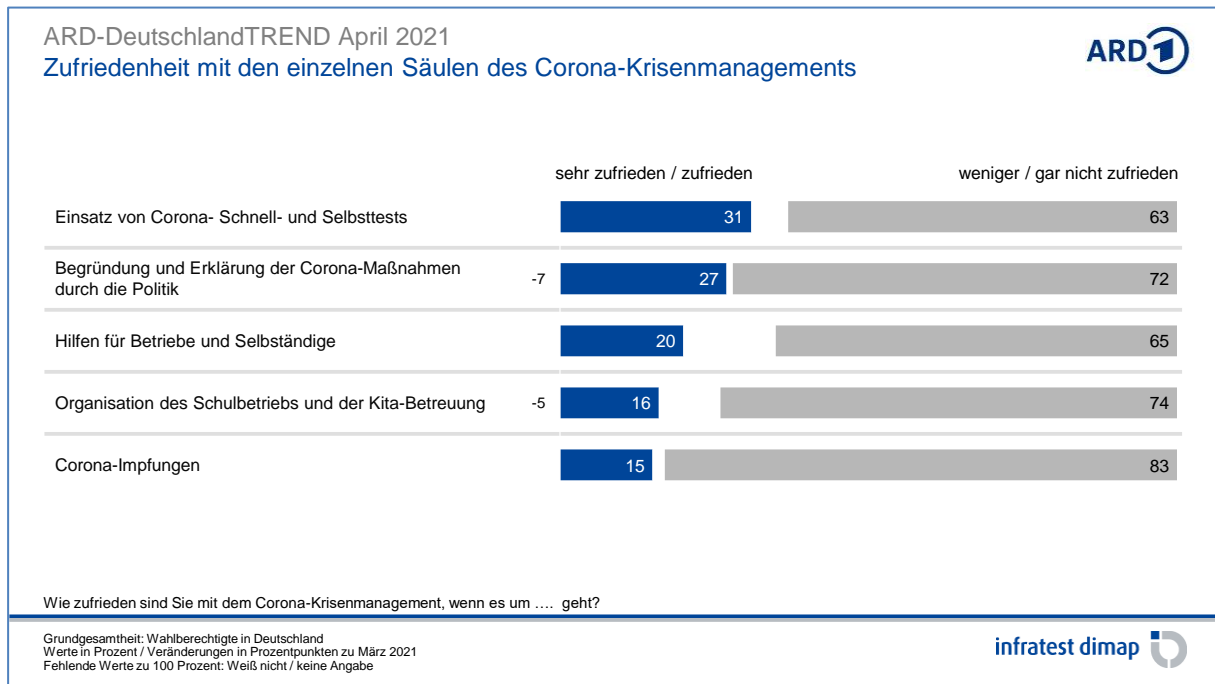
Umstritten ist die sogenannte „Notbremse“: Die eine Hälfte der Deutschen (49 Prozent) spricht sich für eine verbindliche Umsetzung der Regelung aus, mit der gemäß einer Anfang März geschlossenen Vereinbarung von Bund und Ländern auf schnell steigende Infektionsraten durch eine Rücknahme von Lockerungen reagiert werden soll. Die andere Hälfte (48 Prozent) fände es hingegen besser, die Situation regional zu prüfen und neu abzuwägen.



Unterstützung findet eine verbindliche Umsetzung der Notbremse insbesondere bei den Anhängern von Grünen (67 Prozent), Union (61 Prozent) und Linken (57 Prozent). Das Lager der SPD ist in dieser Frage gespalten (47:52 Prozent), die Anhänger von FDP (37:58 Prozent) und vor allem AfD (19:74 Prozent) plädieren stattdessen mehrheitlich für eine regionale Überprüfung und Abwägung.

Große Unzufriedenheit bei einzelnen Säulen des Krisenmanagements

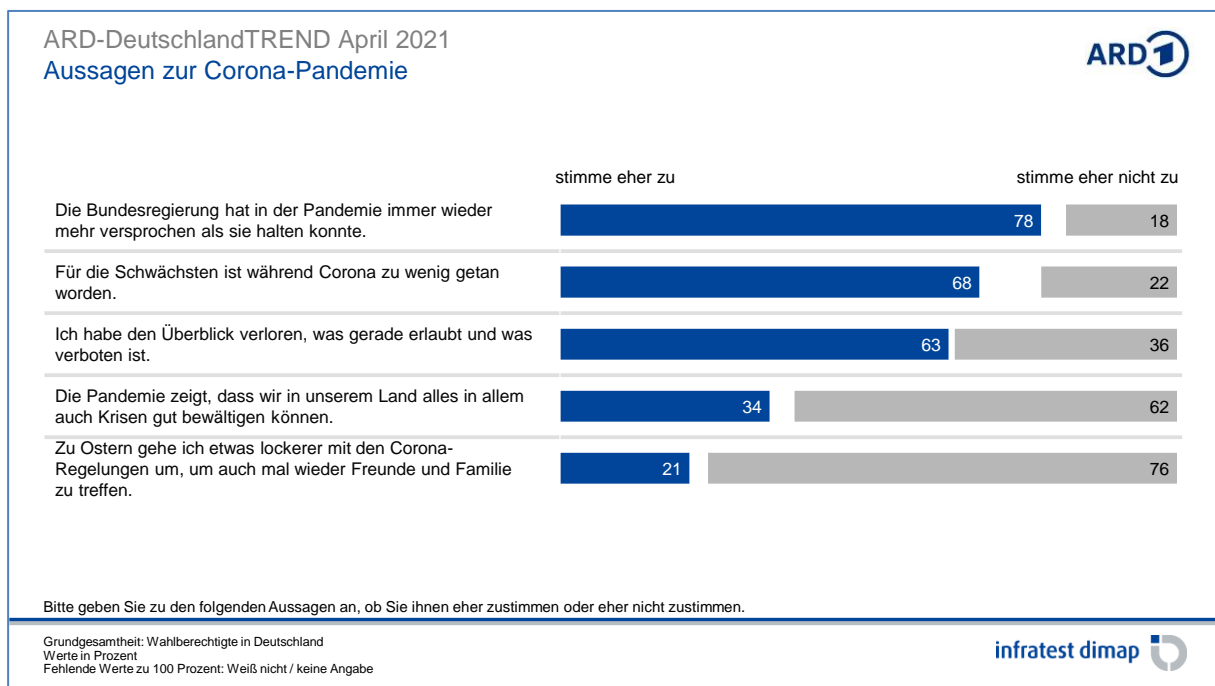
Große Zweifel bestehen an der Organisation des Krisenmanagements. Vier Fünftel der Deutschen (83 Prozent) sind aktuell weniger oder gar nicht zufrieden mit den Corona-Impfungen, knapp zwei Drittel (63 Prozent) empfinden den Einsatz von Corona-Schnell- und Selbsttests als unzureichend.



Die Organisation des Schulbetriebes und der Kita-Betreuung (74 Prozent) stoßen ebenso wie die Hilfen für Betriebe und Selbständige (65 Prozent) überwiegend auf Kritik. Mit 72 Prozent vergeben mehr Bürger als im Vormonat schlechte Noten dafür, wie die Politik ihre Entscheidungen begründet und erklärt.

Kritik an fehlender Zuverlässigkeit und Klarheit

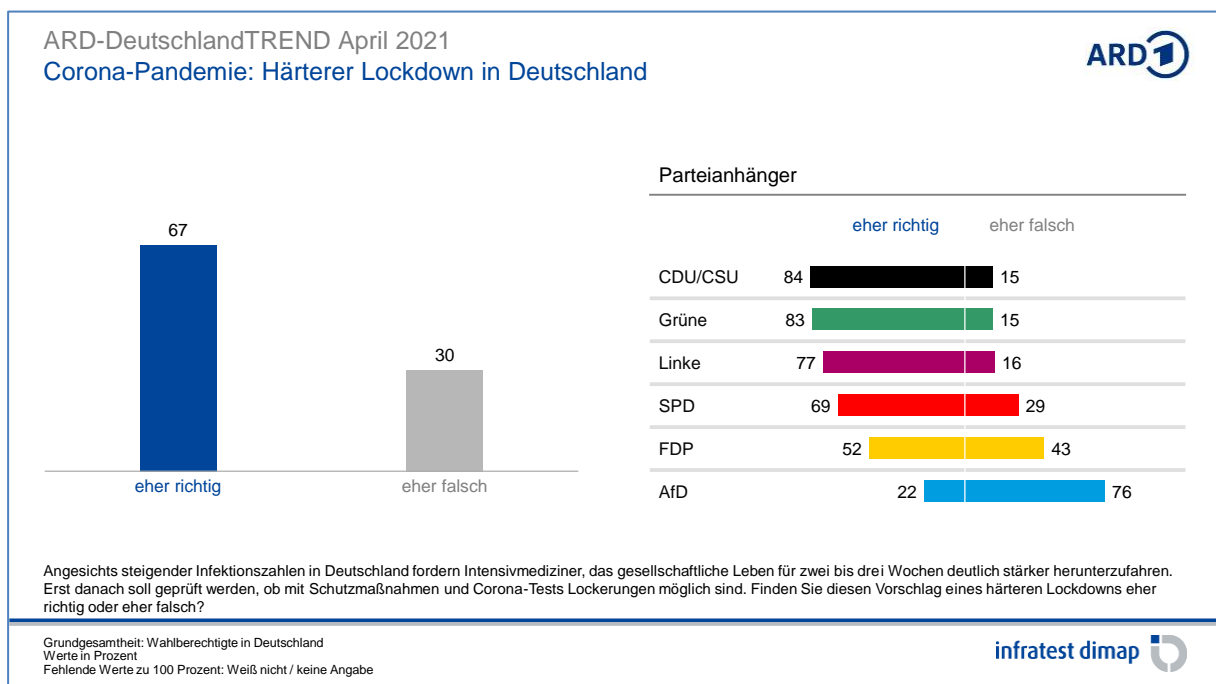
Mit der kritischen Sicht auf das Agieren der Politik und einer als unzureichend empfundenen Begründung ihrer Maßnahmen geht der Eindruck fehlender Zuverlässigkeit und Klarheit einher. Drei Viertel der Bürger (78 Prozent) bemängeln, dass die Bundesregierung in der Pandemie immer wieder mehr versprochen hat, als sie halten konnte. Zwei Drittel (68 Prozent) sind der Ansicht, dass für die Schwächsten in der Pandemie zu wenig getan wurde, fast ebenso viele (63 Prozent) haben nach eigenem Bekunden den Überblick verloren, was gerade erlaubt und was verboten ist. Nach mehrheitlicher Auffassung (62 Prozent) bringt die Pandemie somit nicht zum Ausdruck, dass man in Deutschland Krisen alles in allem gut bewältigen kann.



Mit Hinblick auf die nahenden Ostertage plant eine Mehrheit (76 Prozent) nach eigener Auskunft nicht, lockerer mit den Corona-Regelungen umzugehen, um auch mal wieder Freunde und Familie zu treffen.

Mehrheitlich Zustimmung für härteren Lockdown

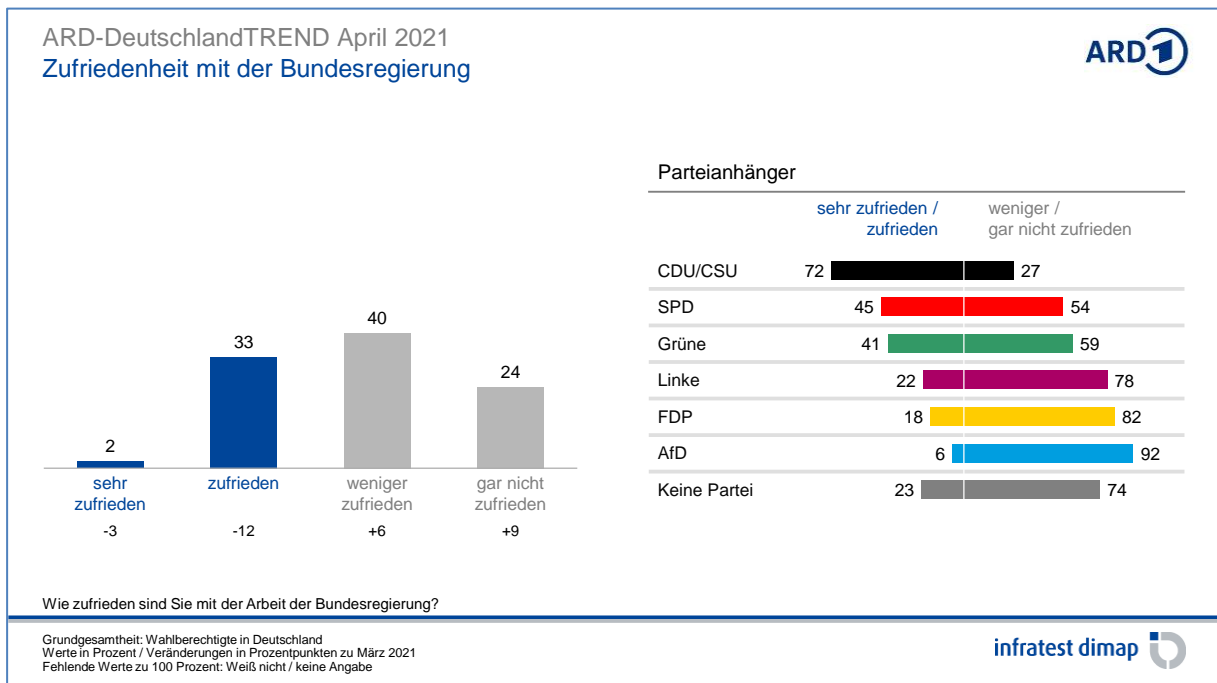
Intensivmediziner fordern angesichts der steigenden Infektionszahlen einen härteren Lockdown, um eine Überlastung der Krankenhäuser zu verhindern. Sie plädieren dafür, das gesellschaftliche Leben für zwei bis drei Wochen deutlich stärker herunterzufahren und erst danach zu prüfen, ob mit begleitenden Schutzmaßnahmen und Corona-Tests Lockerungen möglich sind. Zwei Drittel der Bundesbürger (67 Prozent) unterstützen diesen Appell der Mediziner. Ein knappes Drittel (30 Prozent) spricht sich indes gegen einen härteren Lockdown aus.



Rückhalt findet die Forderung nach einem härteren Lockdown mehrheitlich im Lager der Regierungsparteien sowie unter Anhängern der Grünen und Linken. Widerspruch kommt hingegen aus dem Lager der AfD und Teilen der FDP-Anhängerschaft. Ein härterer Lockdown findet in allen Altersgruppen überwiegend Unterstützung, sie fällt unter älteren Bürger im Alter von 65 Jahren und mehr aber deutlich höher aus (78 Prozent) als unter jüngeren im Alter bis 39 (57 Prozent).

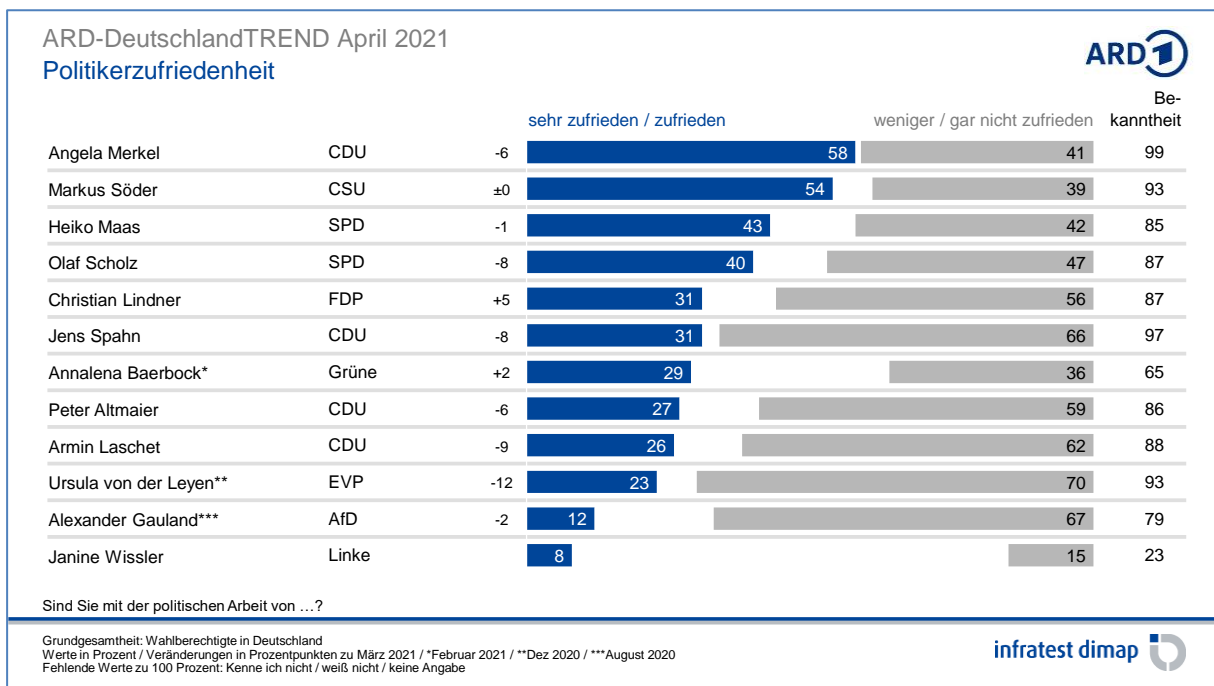
Regierungszufriedenheit deutlich rückläufig

Unter dem Eindruck des unzureichend funktionierenden Krisenmanagements stößt auch das Regierungshandeln insgesamt auf immer größere Vorbehalte. Die Zufriedenheit mit der schwarz-roten Koalition (35 Prozent; -15) fällt auf den niedrigsten Wert seit Ausbruch der Pandemie im letzten Jahr, erstmals seit März 2020 überwiegt damit in der Bevölkerung wieder die Unzufriedenheit (64 Prozent; +15). Ein wohlwollendes Zeugnis stellen der Koalition nur noch die Anhänger von Union (72:27 Prozent) aus, aber auch dort ist die Zufriedenheit rückläufig. In den Reihen von Anhängern der SPD (45:54 Prozent) und der Grünen (41:59 Prozent) überwiegt die Kritik leicht, deutlicher bei den Anhängern der Linken (22:78 Prozent), der FDP (18:82 Prozent) und vor allem der AfD (6:92 Prozent).



Politikerzufriedenheit: Kabinettsmitglieder mit Ansehensverlusten

Das kritische Urteil zum Corona-Krisenmanagement hinterlässt - wie schon im Vormonat - Spuren in der Bewertung der Spitzenpolitiker. Die Kanzlerin führt zwar weiterhin die Liste der populärsten Politiker an, fällt nach Verlusten (58 Prozent; -6) allerdings auf den niedrigsten Zustimmungswert seit März 2020. Mit geringem Abstand folgt Markus Söder auf Platz 2, der mit unverändert 54 Prozent gut die Hälfte der Bürger von seiner politischen Arbeit überzeugt. SPD-Außenminister Heiko Maas (43 Prozent; -1) und SPD-Vizekanzler Olaf Scholz (40 Prozent; -8) sind nach Angela Merkel die vergleichsweise beliebtesten Regierungsmitglieder, wobei SPD-Kanzlerkandidat Scholz im Vergleich zum Vormonat deutlich an Ansehen einbüßt. Auch CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn, der bereits im Vormonat 12 Prozent abgeben musste, verliert weiter an Rückhalt und bekommt mit 31 Prozent (-8) den geringsten Zuspruch seit Dezember 2018. Sein Kabinettskollege CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier (27 Prozent; -6) verzeichnet ein persönliches Rekordtief. Gleiches gilt auch für den CDU-Parteivorsitzenden Armin Laschet mit 26 Prozent (-9).

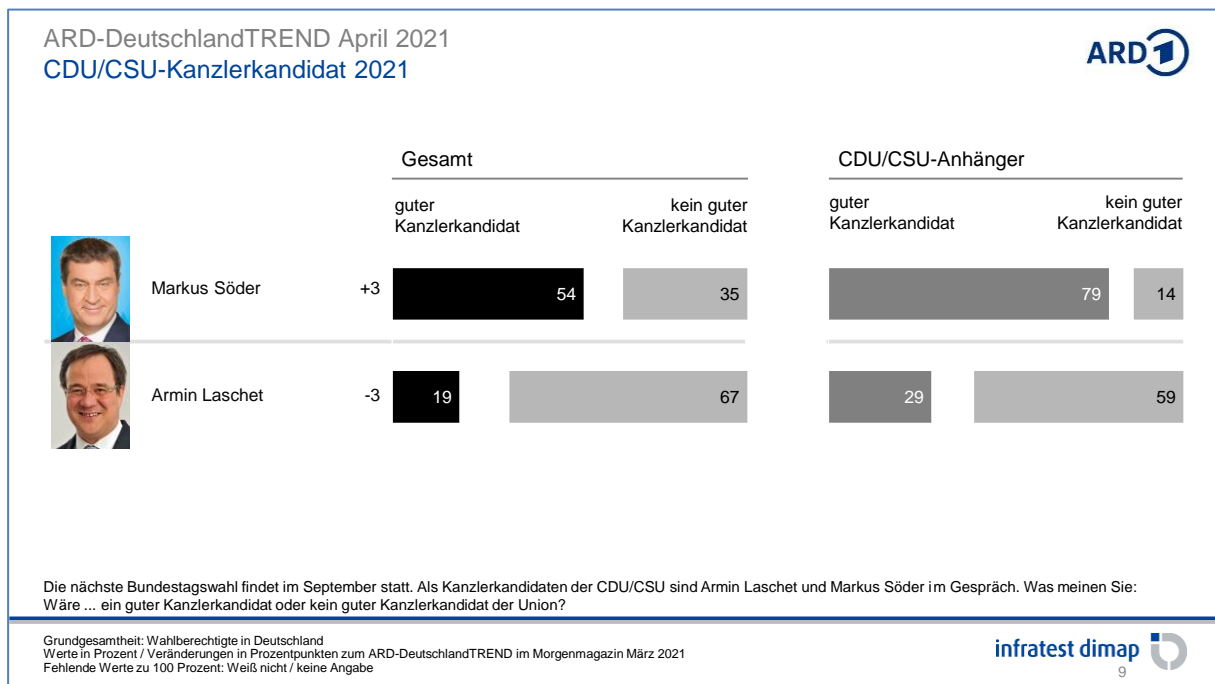


Annalena Baerbock, mögliche Grünen-Spitzenkandidatin, liegt im aktuellen Politikerranking mit 29 Prozent (+2 im Vergleich zu Februar 2021) knapp hinter dem FDP-Bundesvorsitzenden Christian Lindner (31 Prozent, +5), der sich im Vergleich zum Vormonat verbessern kann. Die neue Ko-Parteivorsitzende der Linken, Janine Wissler, ist mit erheblichen Bekanntheitsdefiziten konfrontiert und selbst drei Vierteln der eigenen Anhängerschaft (74 Prozent) kein Begriff. Aufgrund ihrer geringen Bekanntheit kommt sie aktuell auf noch geringere Zustimmung (8 Prozent) als der AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland (12 Prozent).

Erhebliche Verluste verzeichnet auch Ursula von der Leyen, die in den letzten Wochen als EU-Kommissionspräsidentin für die Knappheit von Impfstoff in die Kritik geraten war. Sie muss im Vergleich zu Dezember 2020 12 Punkte abgeben kommt auf einen Zufriedenheitswert von 23 Prozent.

Potenzielle Unions-Kanzlerkandidaten: Söder mit großem Abstand vor Laschet

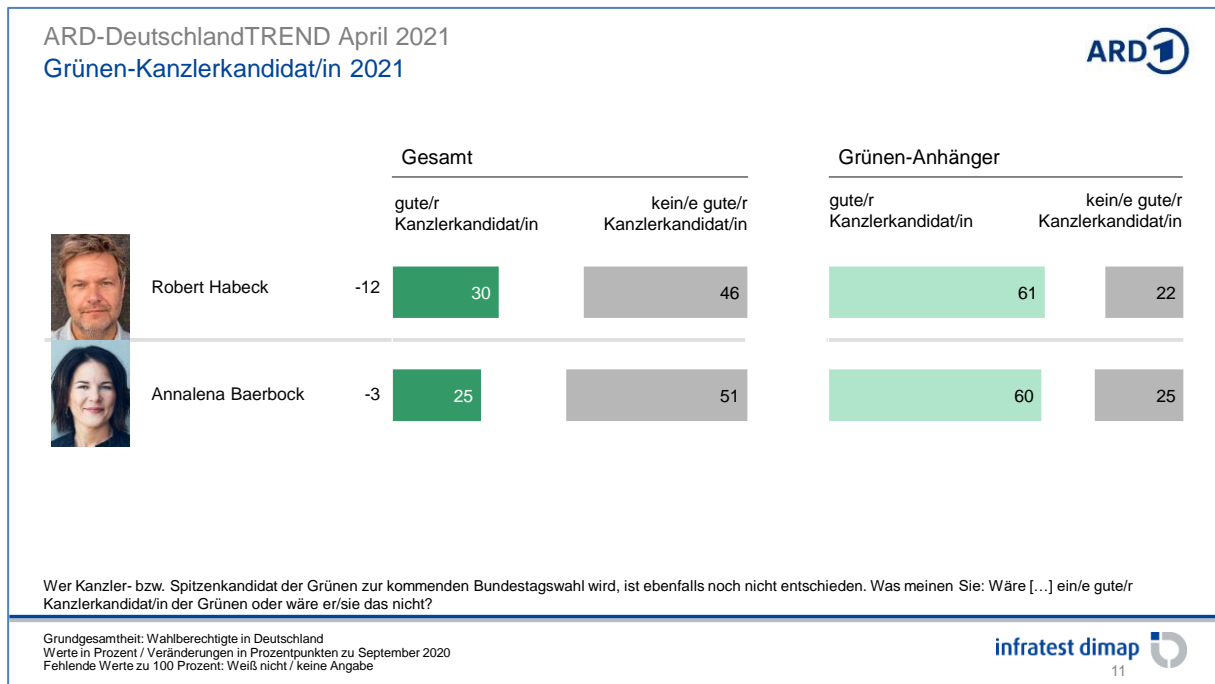
In knapp einem halben Jahr wird in Deutschland ein neuer Bundestag gewählt. Allerdings ist noch offen, wer die Union in den Bundestagswahlkampf führt. Von den beiden potenziellen Unions-Kandidaten schneidet Markus Söder im Urteil der Bevölkerung mit 54 Prozent (+3 im Vergleich zu März) nach wie vor deutlich besser ab als Armin Laschet. Der CDU-Parteivorsitzende bleibt mit einem Zuspruch von 19 Prozent (-3) erkennbar hinter ihm zurück.



Noch deutlicher punktet Markus Söder im Lager der Union: vier Fünftel der Anhänger von CDU/CSU (79 Prozent) halten Markus Söder für einen guten Kanzlerkandidaten. Von Armin Laschet glauben dies 29 Prozent der Unions-Anhänger.

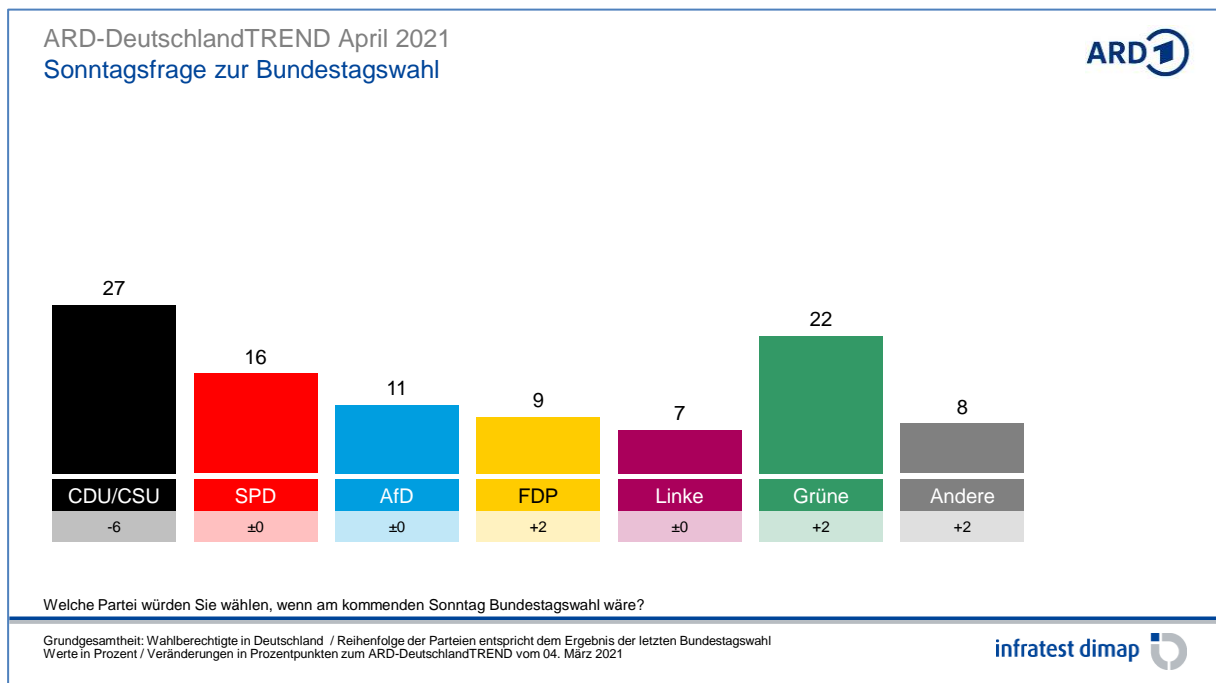
Grünen-Kanzlerkandidatur: Habeck knapp vor Baerbock, im eigenen Lager Kopf-an-Kopf

Wer Kanzler- bzw. Spitzenkandidat der Grünen zur kommenden Bundestagswahl wird, ist ebenfalls noch nicht entschieden. In der Gunst der Gesamtbevölkerung liegt Robert Habeck (30 Prozent) leicht vor Annalena Baerbock (25 Prozent), unter den eigenen Anhänger liegen beide praktisch gleichauf.



Sonntagsfrage: Union fällt auf Vorkrisen-Niveau

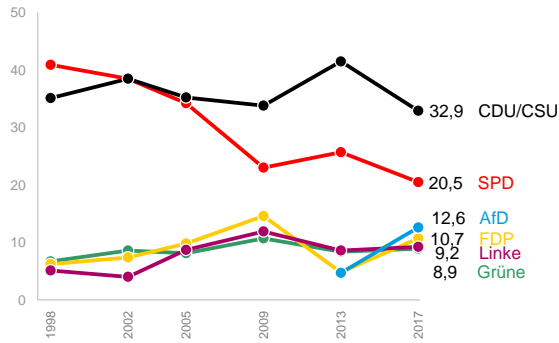
Mit der rückläufigen Bewertung der Berliner Regierungsarbeit setzt sich der Negativtrend der vergangenen Wochen für die Union in der Sonntagsfrage fort. Bei einer Bundestagswahl zum aktuellen Zeitpunkt käme die CDU/CSU auf 27 Prozent (-6) und fällt damit im ARD-DeutschlandTREND auf exakt denselben Wert wie bei Ausbruch der Pandemie im März letzten Jahres (27 Prozent). Ihr Koalitionspartner SPD hätte unverändert zum Vormonat 16 Prozent in Aussicht. Die Sozialdemokraten liegen damit noch deutlicher als im März hinter den Grünen, die sich auf 22 Prozent (+2) verbessern. Die AfD käme auf unverändert 11 Prozent, die Linke auf unverändert 7 Prozent. Die FDP könnte nach einem Plus von 2 Punkten mit 9 Prozent der Stimmen rechnen. Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 8 Prozent (+2).



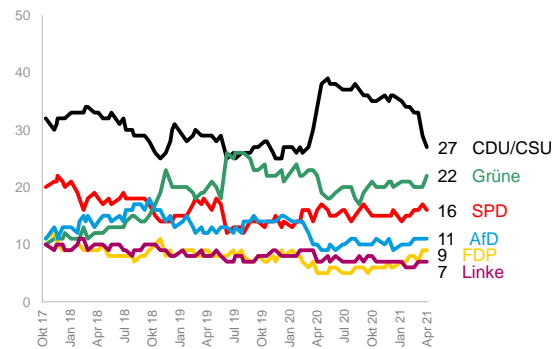
ARD-DeutschlandTREND April 2021
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



aktuelle Umfrageergebnisse



Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent

Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD-DeutschlandTREND April 2021

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Autorin WDR	Ellen Ehni	0221 220-1800
Redakteurin WDR	Claudia Müller	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Anja Miriam Simon	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon* - und Online-Befragung *davon: 60% Festnetz, 40% Mobilfunk	
Fallzahl	1.348 Befragte (882 Telefoninterviews und 466 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	29. bis 30. März 2021	
Schwankungsbreite	1.000 Befragte: 2* bis 3** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 10 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Anja Miriam Simon	030 533 22-0